Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4676

22. 05. 96

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Maßnahmen zum umfassenden Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor der Rinderseuche BSE und zur Stabilisierung des Rindfleischmarktes

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   – Die in Großbritannien verbreitet auftretende Rinderseuche BSE ist auf unverantwortliche Praktiken bei der Herstellung und Verfütterung von Tiermehl an Wiederkäuer in Großbritannien zurückzuführen.

   – Die nach wie vor ungeklärte Frage der möglichen Übertragbarkeit der Rinderseuche BSE auf den Menschen erfordert weitestmögliche Maßnahmen in Großbritannien zur Sicherung des vorbeugenden Gesundheitsschutzes, um die tiefgreifende Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland zu beenden, deren unmittelbare Folge ein drastischer Rückgang des Rindfleischverbrauchs ist.

2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß

   – die Bundesregierung im März 1996 aufgrund neuer wissenschaftlicher Mitteilungen aus Großbritannien unverzüglich die Einfuhr von Rindfleisch aus Großbritannien und hieraus hergestellten Erzeugnissen (u. a. Arzneimittel, Kosmetika, Gelatine) verboten und so maßgeblich dazu beigetragen hat, daß die Europäische Union ein ausnahmsloses Exportverbot für Rinder, Rindfleisch und Erzeugnisse geschlachteter Rinder aus Großbritannien beschlossen hat,

   – der EU-Agrarrat übereingekommen ist, daß alle notwendigen Maßnahmen zur Tilgung der Rinderseuche BSE durchgeführt werden müssen,

   – die Bundesregierung auf diesem Wege im Interesse der Verbraucher den Belangen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes vor etwaigen wirtschaftlichen Erwägungen Rechnung getragen hat.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß

   – das gemeinschaftsrechtliche Exportverbot für Rinder, Rindfleisch und Erzeugnisse geschlachteter Rinder aus Großbritannien solange aufrechterhalten wird,

a) bis etwaige gesundheitliche Risiken für den Verbraucher durch eine mögliche Übertragung der Rinderseuche BSE auf den Menschen wissenschaftlich hinreichend bewertet sind,

b) bis alle erforderlichen Maßnahmen beschlossen und durchgeführt werden, um eine BSE-Freiheit der Rinderbestände und eine Unterbrechung der Infektionskette sicherzustellen,

- die Forschung zu Klärung der zahlreichen noch offenen Fragen im Zusammenhang mit BSE entsprechend dem Ratsbeschluß, insbesondere auch hinsichtlich der Übertragungswege, verstärkt wird und die Europäische Kommission alsbald die nach Prioritätsgraden geordnete Liste der von der Gemeinschaft zu finanzierenden Vorhaben aufstellt und diese Vorhaben durchgeführt werden,
- die Durchführung der gemeinschaftlichen BSE-Schutzmaßnahmen insbesondere in Großbritannien strikt und regelmäßig durch die Europäische Kommission und die nationalen Überwachungsbehörden kontrolliert und überwacht wird sowie die veterinärrechtlichen Importkontrollen an den Außengrenzen der EU wirksam durchgeführt werden,
- die zur Marktstützung im Rindfleischbereich eingeleiteten Maßnahmen, insbesondere staatlicher Aufkauf von Rindfleisch und Erleichterungen beim Rindfleischexport, konsequent umgesetzt und erforderlichenfalls ausgeweitet werden,
- die Europäische Kommission schnellstmöglich die zugesagten Vorschläge zur Einkommensstützung der Rindfleischproduzenten vorlegt,
- die Europäische Kommission schnellstmöglich die zugesagten Vorschläge zur Einführung eines EU-weiten obligatorischen Herkunftsnachweises für Fleisch vorlegt, um so einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, daß Verbraucherinnen und Verbraucher wieder Vertrauen in die Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichem Rindfleisch und Rindfleischprodukten gewinnen.

Bonn, den 21. Mai 1996

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333